

Klimakatastrophe – ein Produkt des Kapitalismus

Der Erfolg der Grünen bei den Europawahlen 2019 war ein deutsches Phänomen, bei dem das weitere Erstarken der AfD zum Teil aus dem Blick geriet. Europaweit gesehen geht der Vormarsch der Rechten weiter. Dabei ist die Europäische Union kein Projekt, das dem entgegensteht. Die Hoffnungen, die Viele auf das sogenannte gemeinsame Europa als antinationalistische Instanz setzen, die bürgerlich-humanistische Werte verteidigt, die Natur schützt und das Klima rettet, sind verfehlt. Die EU ist eine supranationale Institution, in der die Profitinteressen des nationalen Kapitals aus den verschiedenen Ländern und dabei insbesondere des exportorientierten Kapitals miteinander vermittelt werden.

Die EU ist dem Kapitalismus verpflichtet. EU-Europa ist von seinem Grundgedanken und seiner Herkunft seit seiner Gründung ein absolut prokapitalistisches Projekt. Innerhalb dieser Schranke, die sich die EU-Staaten selbst auferlegt haben, wird es keine wirksamen Lösungen der Klimakatastrophe und der ökologischen Frage geben, denn die ökologische Frage ist Teil der sozialen Frage.

Die Frage danach, wie produziert wird, wer den Produktionsprozess beherrscht, und welche Ausbeutungsmechanismen die Produktionsverhältnisse bestimmen, muss Ausgangspunkt aller Überlegungen und Strategien sein, die der Ausbeutung des Menschen und der Zerstörung der Natur etwas entgegensetzen sollen bzw. können.

Die an der Kapitalverwertung orientierte bürgerliche Politik kann nicht zur Lösung der ökologischen Krise beitragen.

Andererseits ist die Notwendigkeit, die ökologische Frage mit der sozialen Frage zu verbinden, mindestens historisch auch in der Linken keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

In der leninistischen und sozialdemokratischen Linken und in der Arbeiter*innenbewegung gab es seit jeher eine Mehrheitstradition des Ökonomismus. Unter anderem aus Kautskys eindimensionaler Interpretation des Marxismus entwickelte sich die sozialdemokratische Tradition, an Wissenschaft und Technik zunächst unkritisch heranzugehen. Mensch glaubte, die kapitalistische Entwicklung von Wissenschaft und Technologie könne in ihrer Ausformung als Grundlage in die klassenlose Gesellschaft mitgenommen werden.

Gerade die hemmungslose kapitalistische Produktivkraftentwicklung sollte die Grundlage bilden, den Kapitalismus evolutionär – nicht revolutionär – überwinden zu können. Dabei handelt es sich um eine unzulässige, undialektische Verkürzung der marxschen Analyse der Produktivkraftentwicklung. Kautsky interpretierte die Werke von Marx und Engels dahingehend verfälscht, dass der Kapitalismus durch die ihm immanente Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion automatisch in den Kommunismus, wie Marx ihn verstand, übergehen werde. In diesem Zusammenhang blendete er die Dialektik von subjektiven Handlungsmöglichkeiten und objektiven Rahmenbedingungen aus und nannte die SPD »eine revolutionäre, nicht aber Revolutionen machende Partei«.

Die kapitalistische Produktionsweise steht in einem grundsätzlichen Widerspruch zum Anspruch die Natur, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen, zu erhalten. Sie ist angetrieben durch die Konkurrenz und vom damit zusammenhängenden Zwang zur Profitmaximierung. Verzicht könnte ein Konzern nur üben um den Preis des eigenen Untergangs.

Profit kann im Konkurrenzkampf nicht hoch genug sein. Durch die möglichst hohen Profite sichert ein kapitalistischer Betrieb nicht nur seinen Eigentümer*innen ein dauerhaftes schönes Leben, sondern schützt sich auch vor Abstürzen in Krisen, gegen Angriffe der Konkurrenz und gegen feindliche Übernahmen. Ziel ist es, den Markt zu beherrschen ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Verluste und mit der erklärten Absicht, der Konkurrenz Verluste zuzufügen.

Im Fortgang der kapitalistischen Entwicklung wird der kapitalistischen Produktionsweise ihr eigener Produktivitätszuwachs tendenziell zum Verhängnis. Krisen bis hin zu Weltwirtschaftskrisen sind die Folge.

In den produzierten Waren steckt immer weniger lebendige Arbeit, von der sich die Kapitalist*innen den Mehrwert abzweigen, um ihn sich als Profit anzueignen. Daher muss die Masse der Waren ständig gesteigert werden. Da der Mehrwert sich aber nur im Tausch realisieren lässt, lässt eine mit der gesteigerten Produktivität zusammenhängende hemmungslose Überproduktion den Berg derjenigen Waren wachsen, die niemand mehr braucht oder niemand mehr bezahlen kann.

Während der Gebrauchswert eines Gegenstandes von seiner Nützlichkeit bestimmt ist, ist der Tauschwert des Gegenstands, der als Ware getauscht wird, nach Marx bestimmt durch »das Quantum der in ihm enthaltenen ›wertbildenden Substanz‹, der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst mißt sich an ihrer Zeitdauer [...].«¹

Es ist die Menge der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit für die Herstellung eines Gebrauchswerts, die den Tauschwert bestimmt.²

Einen Gebrauchswert hat ein Ding, wenn es für jemanden einen Nutzen hat. Der Gebrauchswert hängt nicht davon ab, ob die Herstellung viel oder wenig Arbeit kostet, oder ob etwas von Natur aus vorhanden ist. Im Kapitalismus aber bilden die Gebrauchswerte zugleich die stofflichen Träger des Tauschwertes.³

Dazu stellt Marx fest: »Ein Ding kann Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein. Es ist dies der Fall, wenn sein Nutzen für den Menschen nicht durch Arbeit vermittelt ist. So Luft, jungfräulicher Boden, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz usw. [...].«⁴

Es gibt also einen Gebrauchswert der Natur, der zum gesellschaftlichen Reichtum gehört, auch in den Bereichen, in denen sie – weil nicht privat angeeignet – keinen Tauschwert besitzt. Mensch muss verstehen, dass es einen Gebrauchswert ohne Tauschwert geben kann, obwohl es umgekehrt keinen Tauschwert ohne tatsächlichen oder mindestens eingebildeten Gebrauchswert geben kann.

Dazu Marx:

»Endlich kann kein Ding Wert sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein. Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Wert.«⁵ Wenn Waren sich aufgrund der kapitalistischen Überproduktion, die vom Zwang zur Profitmaximierung angetrieben wird, übermäßig anhäufen, verlieren sie ihren Tauschwert, da es gesellschaftlich keine Abnehmer*innen mehr für sie gibt. Und wenn das Kapital keinen Anreiz mehr hat, weitere Waren zu produzieren, kommt es zur großen Krise, Menschen verlieren ihre Lohnarbeit, damit ihre Existenzgrundlage und die Möglichkeit zu konsumieren. Die wirtschaftliche Dynamik verliert an Fahrt, es kommt statt zum notwendigen Wachstum der Wirtschaft in einer Abwärtsspirale zur Schrumpfung der gesamten Wirtschaftsleistung.

Der New Deal, der nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 in den USA unter der Regierung von Präsident Franklin D. Roosevelt geschmiedet wurde, und der jetzt Vorbild sein soll in seiner Funktion als Stimulanz für die kapitalistische Wirtschaft, war mit seinem korporatistischen Verständnis einer für alle Seiten gewinnbringenden Verständigung zwischen Kapital, Staat und Arbeit eine der Grundlagen der fordistischen Massenproduktion. Technologisch ermöglicht durch die Automatisierung der Produktion und eine standardisierte Fließbandarbeit, und stimuliert durch eine staatliche Investitionspolitik, war sie zu einem wesentlichen Teil aufgebaut auf der Automobilindustrie und der massenhaften Automobilität, die heute mit ihrer zerstörerischen Dimension eine der Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe darstellt.

Dass der New Deal scheinbar eine Zeit lang funktionierte, wurde begünstigt durch die Militarisierung der US-Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und einer wachsenden staatsfinanzierten Rüstungsindustrie.

Der New Deal bzw. der auf ihn nach dem Zweiten Weltkrieg folgende Fordismus hatte neben seiner katastrophalen ökologischen Wirkung noch einen anderen Preis, die Verschuldung der Staaten, als der Prozess ab Ende der 1960er Jahre ins Stocken geriet.

Der Versuch, dies mit dem keynesianistischen Prinzip staatlicher Investitionsprogramme aufzufangen, war zunächst erfolgreich, musste aber langfristig scheitern. Die staatlichen Investitionen blieben weltweit langfristig ohne positive Wirkung auf die Steuereinnahmen und Einnahmen aus den Sozialversicherungen. Was blieb, war weltweit eine Spirale zunehmender Staatsverschuldung ab den 1970er Jahren.

Der Aufschwung, der in den kapitalistischen Zentren zunächst noch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und eine relative Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht hatte, endete spätestens in den 1980er Jahren.

Es folgte in den nächsten Jahrzehnten ein Angriff auf Löhne und Versicherungsleistungen der Lohnabhängigen bis hin zum sozialen Terror in unterschiedlicher Intensität in den kapitalistischen Zentren. Da, wo die erkämpften Strukturen der Arbeiter*innen zerschlagen wurden wie in Großbritannien unter Margaret Thatcher, vollzogen sich die Umstrukturierungsprozesse schneller.

Der Zusammenbruch der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW-Staaten) mit ihren bürokratischen Kommandowirtschaften in den Jahren 1989 bis 1991, einschließlich der DDR und der Sowjetunion, ermöglichte die Ausplünderung dieses davor »realsozialistischen« Wirtschaftsraums durch die kapitalistischen Zentren. Insbesondere den führenden Mächten EU-Europas, Deutschland und Frankreich, brachte das neue Verwertungsmöglichkeiten.

Der New Deal war eine sozialdemokratische Scheinlösung der im Kapitalismus ständig auftretenden Überproduktionskrise für eine begrenzte Zeit. Auf Dauer konnten die zu hohen Produktionskapazitäten nicht durch staatliche Maßnahmen aufgefangen werden. Das ist in Kurzform das grundsätzliche Problem, warum ein Green New Deal nicht funktionieren kann.

Hinzu kommt im speziellen Fall der regenerativen Energieträger, dass sie so effektiv sind, dass ihr Ausbau zu wenig Produktivität binden würde, um stimulierend für die Gesamtökonomie wirken zu können. Mit einem »Green Deal« oder »Green New Deal« kann die Überproduktionskrise nicht gelöst werden.

Viele Menschen, die sich vor der Klimakatastrophe fürchten, setzen ihre Hoffnung auf die Grünen, die sich als Botschafter des »Green Deal« anbieten und den Glauben an einen

grünen Kapitalismus schüren. Das ist für die Menschen bequem, weil keine zu großen Einschnitte in die gewohnte Form des Lebens nötig erscheinen.

Der historische New Deal war letztlich eine Verständigung zwischen Staat und Kapital, mehr staatliche Einflussnahme auf wirtschaftliche Prozesse zuzulassen und die Gewerkschaften als Vertretung der Lohnabhängigen mit einzubinden. Dies geschah aufgrund einer Zustimmung eines bedeutenden Teils der Kapitalist*innen, zu der sie aufgrund der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, die ihren Höhepunkt von 1929 bis ca. 1933 hatte, bereit waren. Eine vergleichbare Einsicht des Kapitals ist im Fall der Klimakatastrophe nicht erkennbar.

Mit dem Parteitagebeschluss der Grünen im November 2019, in dem sie sich für einen Green New Deal aussprechen, sind sie die neuen neoliberalen Sozialdemokrat*innen, die an die Gestaltungsmacht des Marktes glauben.⁶

Die traditionelle Sozialdemokratie bzw. der reformistische Teil der Arbeiter*innenbewegung erhoffte sich von der Produktivkraftentwicklung den automatischen Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus.

Das Eingeständnis, dass der Kapitalismus bei der Entfaltung materieller Reichtümer die natürlichen Lebensgrundlagen systematisch zerstört, müsste eine radikale Kritik am Kapitalismus nach sich ziehen. Dem langen Atem, den Sozialdemokrat*innen aller Couleur an den Tag legen bei ihrer vermeintlichen evolutiven Überwindung des Kapitalismus, ohne ihn abzuschaffen zu wollen, wäre damit die Grundlage entzogen. Das Hinarbeiten auf die aktive Abschaffung des Kapitalismus würde sich als revolutionäre Tagesaufgabe stellen, statt die Verwirklichung des Kommunismus als Verwirklichung der Emanzipation unendlich zu verschieben.

Gerade angesichts der Klimakatastrophe läuft die Zeit ab. Sie steuert möglicherweise auf Kippunkte hin, ab denen sich der Prozess der Erderwärmung durch Rückkopplungen unaufhaltsam beschleunigt und die bisherige Regelung der klimatischen Verhältnisse durch Meeresströmungen (Golfstrom) außer Kraft gesetzt werden.

Hinzu kommt, dass in der reformistischen Linken ökonomisches Wachstum per se als Garant für einen systemimmanenten, relativen Wohlstand der Angehörigen der Arbeiter*innenklasse angesehen wurde und wird. Wo mehr zu verteilen ist, hat die sozialdemokratische Umverteilungslogik von oben nach unten vermeintlich bessere Chancen auf Verwirklichung. Die undialektische Betrachtung der Produktivkräfte durch die Sozialdemokratie rechtfertigt ihren Fortschrittsglauben. Sie setzt auf die grenzenlose Entfaltung des materiellen Reichtums und dessen gerechter Verteilung. Die Zerstörung der Natur wird dabei billigend in Kauf genommen.

Bereits am Gothaer Programm **von 1875** kritisierte Marx die Vorstellung der SPD, für den gesellschaftlichen Reichtum, für eine sozialistische Zukunft, seien die Produktivkräfte hemmungslos zu entfalten und die Naturfrage zu ignorieren. In den »Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei« schreibt Marx: »Erster Teil des Paragraphen: ›Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.‹ Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. [...] Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum.«⁷

Die Sozialdemokratie hatte also von Anfang an ein falsches Verständnis vom gesellschaftlichen Reichtum. Sie ist befangen von der Tatsache, dass im Kapitalismus nur die Arbeit den »Wert« schafft, der, ideale d.h. durchschnittliche Bedingungen vorausgesetzt als Tauschwert den Preis einer Ware bestimmt. Das dialektische Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert wird ausgeblendet.

Die Zerstörung der Natur durch die kapitalistische Produktion müsste in eine Bilanz des gesellschaftlichen Reichtums negativ eingehen. Das geschieht unter anderem deswegen nicht, weil die Natur im Kapitalismus solange sie nicht privat angeeignet ist, keinen Tauschwert hat. Sie ist nichts wert, wertlos.

Um überhaupt Gebrauchswerte schaffen zu können, ist die Natur vorausgesetzt, als Natur, die der Mensch als Arbeitsgegenstand mit ihren Gesetzmäßigkeiten vorfindet, und als Natur, die er selber ist.

»Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme, Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. [...] Die Erde (worunter ökonomisch auch das Wasser einbegriffen), wie sie den Menschen ursprünglich mit Proviant, fertigen Lebensmitteln ausrüstet, findet sich ohne sein Zutun als der allgemeine Gegenstand der menschlichen Arbeit vor. Alle Dinge, welche die Arbeit nur von ihrem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erdganzen loslöst, sind von Natur vorgefundne Arbeitsgegenstände. [...] Ist der Arbeitsgegenstand dagegen selbst schon sozusagen durch frühere Arbeit filtrierte, so nennen wir ihn Rohmaterial. [...] Alles Rohmaterial ist Arbeitsgegenstand, aber nicht jeder Arbeitsgegenstand ist Rohmaterial. [...] Das Arbeitsmittel ist ein Ding oder ein Komplex von Dingen, die der Arbeiter zwischen

sich und den Arbeitsgegenstand schiebt und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dienen.« Arbeitsgegenstand ist alles, was bearbeitet wird bzw. woraus etwas produziert wird, zum Beispiel Material oder Früchte. Arbeitsmittel sind z. B. Werkzeuge und Maschinen, mit denen etwas bearbeitet bzw. mit denen etwas produziert wird. Zu den Arbeitsmitteln gehört auch der Boden, auf dem Menschen zum Beispiel Getreide anbauen.

»Wie die Erde seine ursprüngliche Proviandkammer, ist sie sein ursprüngliches Arsenal von Arbeitsmitteln. Sie liefert ihm z.B. den Stein, womit er wirft, reibt, drückt, schneidet usw. [...] Das allgemeine Arbeitsmittel [...] ist wieder die Erde selbst« und zwar als gegenständliche Bedingung, damit der Arbeitsprozess überhaupt stattfinden kann.⁸ »Betrachtet man den ganzen Prozeß vom Standpunkt seines Resultats, des Produkts, so erscheinen beide, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand, als Produktionsmittel und die Arbeit selbst als produktive Arbeit.«⁹ Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand sind Teil der Produktivkräfte.

Die soziale Frage, kurz die Arbeit, ist immer verbunden mit der ökologischen Frage, kurz der Natur. »Zieht man die Gesamtsumme aller verschiedenen nützlichen Arbeiten ab, die in Rock, Leinwand usw. stecken, so bleibt stets ein materielles Substrat zurück, das ohne Zutun des Menschen von Natur vorhanden ist. Der Mensch kann in seiner Produktion nur verfahren, wie die Natur selbst, d.h. nur die Formen der Stoffe ändern. Noch mehr. In dieser Arbeit der Formung selbst wird er beständig unterstützt von Naturkräften. Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums.«¹⁰

Im Gegensatz zur Mehrheit von Fridays for Future stellt Ende Gelände seine Aktionen in einen Kontext einer antikapitalistischen Perspektive. Es ist immerhin ein Eingriff in die Produktionssphäre, der zwar nicht antikapitalistisch ist, aber über die Konsumkritik der Mehrheit von Fridays for Future hinausgeht, und mit den Ende Gelände-Aktionen wird ein sofortiges Handeln eingefordert. Die konkrete Aktion ist nicht antikapitalistisch, nur gegen eine bestimmte Kapitalfraktion gerichtet und bleibt insofern abstrakt, die antikapitalistische Absicht ist auf die Zukunft gerichtet.

Fridays for Future hat noch Entwicklungspotenzial: ein Teil wird vereinnahmt werden, ein anderer Teil radikalisiert sich, wendet sich gegen den Kapitalismus, zum Teil je nach Ortsgruppe. Die Frage ist, ob es die Bewegung schafft autonom zu bleiben, sofern sie es überhaupt je war bzw. ist.

Eine Weiterentwicklung ist die Herausbildung eines antikapitalistischen Flügels in Fridays for Future. Zum Beispiel schließt sich Fridays for Future Köln der antikapitalistisch interpretierbaren Forderung: »System Change not Climate Change« an, die auch Ende Gelände vertritt.

Die Beteiligten müssen den Glauben an den Staat verlieren, und damit an die Parteien, die ihn tragen. Appelle an den Staat und an die Parteien führen zu nichts. Die das tun sehen im

Anschluss an den Reformismus den Staat als ihren Staat. Sie sehen nicht, dass der Staat der Staat des Kapitals ist, der dauerhafte Garant des Verwertungsinteresses und der Verwertungsbedingungen des Kapitals mit all seinen Widersprüchen.

Auf der Konferenz von Fridays for Future in Lausanne Anfang August 2019 mit Greta Thunberg kam es aufgrund inhaltlicher Differenzen zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Flügel um Greta Thunberg, der die Formel mit dem Hören auf die Wissenschaft besonders stark vertritt und einem Flügel mit antikapitalistischen Anteilen, der vertritt, die Bewegung selbst müsse konkretere, eigene Forderungen aufstellen, die mindestens Teile der Produktion grundsätzlich in Frage stellen. Hier gibt es einen Unterschied zur Anti-AKW-Bewegung: Sie hat die herrschende »Wissenschaft« in Frage gestellt, die Aktiven sind selbst zu Expert*innen geworden. Sie haben eine unabhängige Wissenschaft etabliert in der Bewegung. Aufgrund der Gläubigkeit an den Reformismus der meisten Vertreter*innen auf der Fridays for Future Konferenz konnten sich die Vertreter*innen des linken Flügels bei der Konferenz mit ihrer Position nicht durchsetzen.

Technologie und Wissenschaft sind nie wertfrei, sondern interessengeleitet. Über die Fragestellung und das Erkenntnisinteresse entscheiden diejenigen, die Forschung finanzieren. Das Kapital greift auch in angebliche »freie Forschungsräume« ein und bestimmt nicht nur über Lehrstühle und welche Forschungsansätze für wert befunden werden, also direkt und indirekt Profit versprechen. Das Kapital bestimmt auch, manchmal über eine vielfältig verschachtelte Weise, welche Projekte zensiert und unterdrückt werden. Verblüffend ist, wie groß die Einbildung der Forschenden in diesem Land ist, sie arbeiteten »frei«. Wer Kapitalinteressen nicht (mehr) analysieren kann, wer die allumfassende Zensur nicht einmal mehr spürt, ist besonders erfolgreich unterworfen.

Die Vorstellung, mensch könne »wertfreie« Technologie und Wissenschaft aus den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen herausschneiden und zu sinnvollerem, gar menschenfreundlichem und naturverträglichem Einsatz schlicht in andere gesellschaftliche Verhältnisse überführen, ist eine Illusion. Weil Technologie und Wissenschaft durch die konkrete kapitalistische Produktionsweise für den Zweck der Profitmaximierung entwickelt wurden, der sie geformt und verformt hat, sperren sie sich – in ihrer Gesamtheit – gegen jegliche humane und ökologische Umformung.

Einzelne Produkte oder Verfahren verhalten sich gesellschaftlich so neutral, dass sie »mitzunehmen« wären. Andere Technologien wirken unter jeder denkbaren gesellschaftlichen Voraussetzung gegen Mensch und Natur, weil sie in ihrem Wesen inhuman und antiökologisch sind. Marx stellte fest, dass die Produktivkräfte im Kapitalismus zwar durch die Dynamik der großen Industrie und der mit ihr verbundenen Wissenschaft in höchstem Maße wachsen und ständig neue auf erweiterter Stufe entwickelt werden, aber unter dem Privateigentum »eine nur einseitige Entwicklung« erhalten und »für die Mehrzahl zu

Destruktivkräften« werden, »und eine Menge solcher Kräfte ... im Privateigentum gar nicht zur Anwendung kommen« können.¹¹ Und: »In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte (Maschinerie und Geld)«¹². Darüber hinaus entwickelt der Kapitalismus Destruktivkräfte, die unter allen gesellschaftlichen Bedingungen zerstörerischen Charakter haben wie die Atomtechnologie. Die Sozialdemokratie hat in ihrer traditionellen Fortschrittsgläubigkeit die Atomtechnologie befürwortet. Die Destruktivkraft Atomtechnologie dient in erster Linie den Herrschaftsinteressen des ideellen Gesamtkapitalisten, wozu wesentlich ihr Einsatz für imperialistische Ziele mindestens mit dem Drohpotenzial der Atombombe gehört.

Die kapitalistische Destruktivkraftentwicklung ist eine zähe Sache. Trotz der relativen Erfolge der Antiatombewegung ist die Destruktivkraft Atomenergie nicht besiegt. Das Versprechen, aus der Atomenergie auszusteigen war und bleibt mindestens bisher eine Lüge. Das Atomkapital in Deutschland hofft auf Laufzeitverlängerungen ihrer alten AKWs und setzt auf jeden Fall auf die Atomfusion, als neu zentralisierte Großtechnologie zur Stromerzeugung, mit der sie geschützt durch atomstaatliche Maßnahmen ohne lästige Konkurrenz kleiner Stromproduzent*innen den Markt beherrschen können.

Die heutige neoliberale Sozialdemokratie sind in Deutschland die Grünen. Langfristig lassen sie sich die Option der Atomfusion offen, zu der auch Fridays for Future keine Gegenposition formuliert,¹³ und stufen damit die regenerativen Energien als Nischentechnologie ein.

Weltweit wird versucht, neue, angeblich sichere Atomspaltungskraftwerke (AKWs) zu etablieren, Vorreiter sind Frankreich, Russland und China. U. a. holt die Atomlobby den sogenannten Kugelhaufenreaktor wieder aus der Schublade des leeren Versprechens einer angeblich sicheren Atomtechnologie. Im Kugelhaufen-Forschungsreaktor in Jülich kam es 1978 zu einem Atomunfall, dessen Folgen weitgehend vertuscht wurden.

In China ist der erste Kugelhaufen-Atomreaktor, der mit dieser Technologie als Prototyp Strom erzeugen soll, fast fertiggebaut.

Die Regierungen von Argentinien, Brasilien, Großbritannien, Frankreich, Japan, Kanada, Südafrika, Südkorea und den USA gründeten 2001 das »Generation IV International Forum«. Es ist ein internationaler Forschungsverbund für die gemeinsame Erforschung und Entwicklung zukünftiger Typen von Atomkraftwerken, die weiter mit der Technologie der Atomspaltung funktionieren, und zu denen auch die Kugelhaufenatomreaktoren gezählt werden. Inzwischen sind auch die Schweiz, Russland, China, Australien und die Europäische Atomgemeinschaft beigetreten. Über die Europäische Atomgemeinschaft gehört auch Deutschland zu diesem Pro-Atom-Klub.¹⁴ Zum Beispiel hat das Karlsruher Institut für

Technologie (KIT) Forschungsaufgaben in Teilbereichen sogenannter Atomreaktoren der Generation IV.¹⁵

Mitte Dezember 2019 haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs einschließlich Deutschlands darauf geeinigt, Atomenergie explizit zu den Maßnahmen zu zählen, mit denen die EU bis 2050 Klimaneutralität erreichen will. Damit wird die mit dem Euratom-Vertrag sowieso schon geltende Pro-Atom-Position der EU darüber hinausgehend als positive Klimaaktivität **fortgeschrieben**. Die menschenfeindliche und naturzerstörerische Klimakatastrophe soll mit der menschenfeindlichen und naturzerstörerischen Atomenergie bekämpft werden. Tod wird mit Tod bekämpft.¹⁶

Junge Menschen, die die Geschichte der Antiatombewegung nicht kennen und nichts wissen von der Kontinuität, in der die Antiatombewegung immer schon auch die Atomfusion in ihre Ablehnung einbezog, sind anfällig für die neuen alten Lügen von der unerschöpflichen Reichtumsquelle atomar erzeugter Energie. Der Absicht der Berfürworter*innen, die Klimakatastrophe und die Wissenschaftsgläubigkeit der Klimabewegung in Technikgläubigkeit zu verwandeln um in die Offensive zu kommen, muss entschieden entgegengetreten werden, die Gefahr die davon ausgeht, darf nicht unterschätzt werden.¹⁷

Die Rechten hetzen gegen Greta Thunberg bis zum Mordaufruf, die ihnen ein verhasstes Symbol gegen sie selbst als Ewiggestrige ist.

Viele Medienvertreter*innen lehnen Greta Thunberg ab, weil sie ein Symbol gegen das »Weiter so« ist, und versuchen sie zu diskreditieren. Sehr massiv geschah das beim Versuch, Greta Thunberg als verlogen hinzustellen bei ihrer Fahrt mit dem Segelschiff nach Amerika. Sie nutzten die Schwäche aus, die bei dieser Aktion darin lag, dass sie suggerierte, das Klimaproblem könne individuell über eine bestimmte Form des Konsums oder durch Konsumverzicht gelöst werden. Ein individuell motivierter Konsumverzicht kann nie die Reichweite erreichen, die notwendig wäre, um den Verzicht der Einzelnen insgesamt wirkungsvoll werden zu lassen.

So weitgehend die Erkenntnis der mit der Klimakatastrophe verbundenen Gefahr bei Fridays for Future ist, so fatal ist die fehlende antikapitalistische, polit-ökonomische Analyse, um die richtigen Forderungen zu stellen, mit denen systemimmanente Argumentationsmuster überwunden werden könnten.

Greta Thunberg griff in ihrer Rede am 23. September 2019 beim UN-Klima-Aktions-Gipfel die Erwachsenen an und warf ihnen vor, es sei eine Zumutung, dass sie darauf vertrauen würden, dass die Kindergeneration mit wissenschaftlich-technischen Innovationen das zerstörte Klima reparieren könnten. Dabei hat sie keinen Begriff davon, dass das Handeln der politischen und wirtschaftlichen Vertreter*innen keine Ahnungslosigkeit oder Bosheit ist,

sondern dass der kapitalistische Zwang der Verhältnisse, ein anderes Handeln im Großen und Ganzen unmöglich macht, solange an der kapitalistischen Verwertungslogik festgehalten wird und diese die Grundlage der ganzen Ökonomie überhaupt ist, das heißt nicht nur vom Profit des Kapitals, sondern auch von Arbeitsplätzen, Steuern, Sozialabgaben für Versicherungsleistungen, staatlicher Infrastruktur und dem systemimmanenten Aufrechterhalten der Produktion **unter den Bedingungen der ständig drohenden Überproduktionskrise im Kapitalismus.**

Vielfach wird sich der Enthusiasmus der klimabewegten Jugendlichen nach und nach abschleifen an der politischen Wirklichkeit.

Die einzelnen politisch Aktiven werden, wenn sie sich vereinnahmen lassen, eine bürgerlich-politische Karriere in den Grünen oder bei NGOs machen, ein Teil wird nach Schule und Ausbildung bzw. dem Studium privatisieren und sich auf den Beruf und gegebenenfalls die Familie konzentrieren. Ein anderer, radikalierter Teil wird die erlernten Fähigkeiten in andere Bewegungen und antikapitalistische Kampffelder einbringen können.

Die Lösung der Klimakatastrophe ist nicht möglich innerhalb des kapitalistischen Normalbetriebs, zum Beispiel durch eine CO₂-Steuer. Einzig wirksam wäre es, wenn besonders zerstörerische, CO₂-intensive Produktion gestoppt würde, was innerhalb des Kapitalismus selten ist.

Notwendig wären Produktionsstopps und Produktionsumstellungen, die nur mit gesetzlich verbindlichen Vorgaben durchgesetzt werden können.

Die Produktivitätssteigerung verschärft den Wachstumszwang. Der Anteil der Arbeitskraft an der Wertmasse der Produkte sinkt tendenziell und damit auch der Profit, der mit einem einzelnen Produkt gemacht werden kann. Die produzierte Anzahl einer Ware muss vergrößert werden, um den geringeren Wert der einzelnen Ware ausgleichen zu können. Dieser Wachstumszwang führt auch zur ständigen Überproduktionskrise.

Dennoch gibt es Beispiele, bei denen mit einem durch ein Verbot staatlich durchgesetzten Produktionsstopp Teilerfolge erreicht werden konnten. Das ist möglich, wenn das Einzelinteresse einer Kapitalfraktion den Interessen des Gesamtkapitals widerspricht oder die Klassenauseinandersetzung zugunsten der Lohnabhängigen sich verschiebt und eine gesellschaftliche Gegenmacht den Staat zum Handeln zwingt. Sogar die CDU setzte zeitweise auf Verbote in der Umweltpolitik. So konnte mit dem Verbot der Produktion von FCKW die fortschreitende Zerstörung der Ozonschicht verhindert oder mindestens stark eingedämmt werden. Das wäre mit einer steuerlichen Maßnahme nicht möglich gewesen. Bepreisung heißt nichts anderes, als dass der Staat Rechte für die Zerstörung der Natur

verkauft. Das gleiche gilt für den Handel von sogenannten Emissionsrechten, der nichts anderes ist als der Handel mit dem Recht auf Naturzerstörung.

Der vielen Menschen jahrzehntelang eingepflanzte Marktfetischismus lässt die Bepreisung als besonders effektives Mittel erscheinen. Die höheren Preise, die durch die CO₂-Steuer und durch die Kosten der Emissionsrechte den Konzernen entstehen, legen sie auf die Preise der Waren um, die die Konsument*innen bezahlen müssen. So trifft der aufgezwungene Verzicht vor allem die ärmeren Schichten, deren Elend wächst, obwohl sie sowieso den kleinsten Anteil an der Umweltzerstörung durch den Konsum umweltschädlicher Waren haben, weil sie aufgrund ihrer sozialen Lage eh nur das zum Leben unmittelbar Notwendige konsumieren können. Was unmittelbar zum Leben notwendig ist, ist nach Marx vom Stand der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig.

Ernsthaft werden Verbote von den politisch Verantwortlichen aber auch von großen Teilen der Bewegung im Moment gar nicht erwogen. Wissenschaftler*innen, die mit ihren fachwissenschaftlichen Kompetenzen den Klimawandel belegen, wird unkritisch auch eine politische Lösungskompetenz zugeschrieben, wenn diese zum Beispiel aus ihrer begrenzten Sicht heraus das Mittel der Bepreisung fordern.

Dass zu einem Teil diejenigen, die der Bepreisung Lenkungspotenzial zuschreiben, dies selbst nicht ernst nehmen, findet seinen Ausdruck in den viel zu niedrigen Preisen, die dafür verlangt werden sollen. Dass die Benzinpreise durch Steuern steigen, wird durch eine größere Steuererleichterung durch die Erhöhung der Pendler*innenpauschale gleich wieder ausgeglichen. Während in Schweden schon längst ca. 115 Euro¹⁸ auf eine Tonne CO₂ fällig sind, sind im Klimapaket der Bundesregierung entsprechend der Verhandlungen mit dem Bundesrat im ersten Schritt nur 25 Euro ab Januar 2021 vorgesehen¹⁹. Die deutschen Grünen fordern für den Einstieg in Deutschland schlappe 60 Euro, dann soll der Preis »planbar ansteigen«. ²⁰ Das ist ein Preis, den auch die Grünen mit Steuererleichterungen an anderer Stelle, in ihrem Fall mit einer im EU-Rahmen größtmöglichen Senkung der Stromsteuer wieder konterkarieren wollen.²¹

Die Mehrheit von Fridays for Future orientiert sich an einer Einschätzung von Wissenschaftler*innen bzw. des Umweltbundesamtes, die eine Wirksamkeit der CO₂-Steuer ab einem Preis von 180 Euro pro Tonne meinen ausrechnen zu können.²²

Im Gegensatz zu dem, was dringend notwendig wäre, setzt der ideelle Gesamtkapitalist, der Staat, im Interesse des Kapitals oder der hegemonialen Fraktionen des Kapitals sogar Regelungen durch, die in der Klima- und Umweltpolitik Rückschritte bedeuten. Seit 2017 bremsen neue gesetzliche Regelungen die Energiewende aus. Dadurch geht der Ausbau der erneuerbaren Energieträger in Deutschland zurück. Durch eine gesetzliche Deckelung des Zubaus, mit Quoten, die den Zubau bremsen, und dem mit ihnen verbundenen Zwang, bei

der Beantragung neuer Anlagen an einem komplizierten Ausschreibungs-Verfahren bei der Bundesnetzagentur teilzunehmen mit unsicherem Ausgang, schützt der Staat alte Technologien im Profitinteresse des Kapitals.

Es werden auch kaum neue Stromleitungen gebaut für erneuerbare Energieträger, ein wesentlicher Teil der neugebauten Stromleitungen steht in direktem Zusammenhang der Verstromung der klimazerstörerischen Braunkohle.

Wenn zu viel Strom da ist, steigt die Umlage, die für Strom aus erneuerbaren Energien gezahlt wird.²³ Sie wird auf den Strompreis, den die Konsument*innen bezahlen müssen, umgelegt. Dabei ist konventioneller Strom zurzeit nur deswegen relativ billig, weil er mit Anlagen produziert wird, die zu einem großen Teil bereits abgeschrieben sind, und in die Milliarden von staatlichen Subventionen geflossen sind. Würde der Preis zugrunde gelegt werden, der mit neuen konventionellen Anlagen produzierter Strom kostet, wäre er mit dem Preis aus erneuerbaren Energien vergleichbar.

Wer Strom produziert, den er oder sie selbst verbraucht, muss dafür auch die Umlage bezahlen. Mit solchen Maßnahmen wird die Energiewende allen Beteuerungen zum Trotz torpediert und unmöglich gemacht. Wer Strom produziert und ihn auch direkt an Endkund*innen vermarkten will, kann das zwar tun, verliert damit aber das Recht, Strom ins allgemeine Stromnetz einzuspeisen.

Der Ruin der Produktion und Entwicklung im Bereich der Windkraft steht in Deutschland bevor. Schon in den letzten Jahren gingen massenweise Arbeitsplätze im Bereich der Produktion von Solarenergieanlagen verloren durch die Blockaden im Interesse der großen Konzerne.

Ende 2019 hatte das Bundeswirtschaftsministerium vor, den Landesregierungen künftig vorzuschreiben, dass Windräder mindestens 1000 Meter Abstand von Gebäuden haben müssen, was den Ausbau der Windkraft verunmöglicht. Das Potsdamer Forschungsinstitut IASS geht davon aus, dass mit der Erhöhung des Abstands von 600 auf 1000 Meter 65 Prozent aller möglichen Standorte für Windräder wegfallen.²⁴ Selbst das Bundesumweltamt geht von bis zu 50 Prozent der möglichen Standorte aus.²⁵ Nun soll auf Bundesebene ein Gesetz verabschiedet werden, nach dem die Bundesländer selbst entscheiden können, ob sie den Mindestabstand auf 1000 Meter erhöhen.²⁶

Viele Bürger*inneninitiativen orientieren sich an den 1000 Metern und greifen die zu hohen Abstandsforderungen auf und gehen sogar darüber hinaus. Inzwischen gibt es mehr als 1000 Bürger*inneninitiativen, die sich gegen Windkraft engagieren.²⁷

Der bundesweite Verband »Vernunftkraft. Initiative für vernünftige Energiepolitik«, der auch Kontakte zur CDU und zur AfD unterhält, unterstützt laut eigener Aussage rund 900 Initiativen bei ihrem Engagement gegen Windkraft und gegen die Energiewende.²⁸

Die Blockade von bornierten Landschaftsschützer*innen, die ihr »Heimatgefühl« nicht verlieren wollen, geht eine zerstörerische Verbindung ein mit den Profitinteressen an der Energieerzeugung mit Atom, Kohle und Gas.

Bei der Verteidigung der besonders klimaschädlichen Braunkohle spielt das Argument der Arbeitsplätze eine bedeutende Rolle, um die Bevölkerung auf die Seite der Konzerne zu ziehen. In allen Braunkohlerevieren Deutschlands arbeiten 15 000 Menschen, in den Braun- und Steinkohlekraftwerken 5000 Menschen. Insgesamt sind das 20 000 Beschäftigte. Für Ausstiegs- und Strukturhilfen werden die großen deutschen Energiekonzerne 45 Milliarden Euro erhalten.

Im Gegensatz dazu wurde der deutschen Photovoltaikindustrie nicht geholfen, als sie durch billigere Importe aus dem Ausland in Schwierigkeiten geriet. Im Gegenteil. Die Einspeisevergütung wurde gesenkt. Im Jahr 2010 arbeiteten in der Bundesrepublik 133 000 Menschen im Bereich der Photovoltaik. Innerhalb von 5 Jahren gingen über 100 000 Arbeitsplätze verloren, 2015 und 2016 waren es nur noch ca. 32 000 Beschäftigte.²⁹

Eine ähnliche Entwicklung droht im Bereich der Windenergie. Von 2008 bis 2016 stieg die Zahl der Beschäftigten mit leichten Schwankungen von ca. 96 000 auf einen Höhepunkt von 161 000 Beschäftigten. Danach gingen von Anfang 2017 bis August 2019 bereits bis zu 36 000 Arbeitsplätze wieder verloren.³⁰

Aufgrund dieser staatlich beförderten Zerrüttung könnte China auch zur führenden Wirtschaftsmacht im Bereich der Produktion von Windkraftanlagen aufsteigen. Auch in Kalifornien boomt die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen.

Für München hat die Bundesnetzagentur verfügt, dass das dortige Steinkohlekraftwerk München Nord aufgrund seiner angeblichen Systemrelevanz über das Jahr 2022 hinaus weiterbetrieben werden muss, obwohl ein Bürger*innenentscheid fordert es bis dahin stillzulegen.³¹ 2020 will das Bundeswirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen das neue Steinkohlekraftwerk Datteln 4 ans Netz gehen lassen, trotz Klimapaket der Bundesregierung und gegen die Forderungen der sogenannten Kohlekommission.³²

Die scheinbaren Zugeständnisse, die im sogenannten Klimapaket der Bundesregierung enthalten sind wie die Bepreisung, würden sich selbst nach der eigenen Darstellung erst in zehn Jahren auswirken. Das »Klimapaket« ist eine Show für die Bewegung um sie zu befrieden.

Im Kapitalismus sind die Produkte nur Mittel zum Zweck, Geld als Kapital wirken zu lassen, also aus Geld mehr Geld zu machen. Sie dienen nicht der Befriedigung von Bedürfnissen, die Bedürfnisse werden nur gebraucht, damit die Produkte verkauft werden können. Bedürfnisse werden zu einem großen Teil künstlich erzeugt zum Beispiel durch Werbung und oder sie dienen zur Kompensation eines durch die Lohnarbeit verursachten psychisch elenden Lebens.

Klimawandel ist ein verharmlosender Begriff. Die Dramatik der Situation, die auf unrückholbare Kippunkte zuläuft, wird unterschätzt. Die Menschen denken: »dann wird es halt ein bisschen wärmer, so schlimm ist das nicht«.

Die Klimakatastrophe duldet keinen Aufschub, steigt die Erdtemperatur um mehr als 2 Grad kann die Klimakatastrophe in eine sich selbst verstärkende Spirale geraten. Solche Kippunkte sind das bevorstehende Abschmelzen der Polkappen, das zur Erwärmung des Meeres und zum Anstieg des Meeresspiegels führt, und das Auftauen der Permafrostböden auf der Nordhalbkugel, durch das große Mengen Methan freisetzt würden, das im Eis gebunden ist, und das das Klima um ein Vielfaches aufheizt im Vergleich zu CO₂, wenn es in die Atmosphäre gelangt.³³

Die Vernichtung des Waldes, der den größten Anteil daran hat, den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre zu reduzieren, kommt als weiteres Problem dazu, z. B. in Brasilien im Amazonasgebiet durch Großgrundbesitzer*innen, einige Kapitalfraktionen und einen von einem Faschisten regierten Staat.

Mit der bürgerlichen Ideologie geht die künstliche Trennung zwischen Mensch und Natur einher. Der Mensch wird als der Natur ausgesetzt betrachtet, er muss sie beherrschen, als ein Gegenüber behandeln. Tatsächlich sind die Menschen ursprünglich der Natur entfremdet, weil sie ihre Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten nicht oder nur unzureichend verstehen. Der notwendig unbedachte Umgang mit der Natur beim Versuch, sie dem Menschen zu unterwerfen, führt zur Zerstörung der Natur und zur Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und ihrer Gesundheit.

Unter anderem über unwiederbringlich abgeholzte Wälder in Griechenland und Italien schrieb Friedrich Engels 1883: »Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. [...] Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern, daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.«³⁴

Karl Marx schrieb 1844, beinahe 40 Jahre früher, vor 175 Jahren: »Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben. Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.«³⁵

Die materialistische Analyse der Beziehung Mensch – Natur von Marx und Engels wurde von vielen späteren »Marxist*innen« absichtsvoll überlesen. Diese z. B.: »Und jeder Fortschritt [...] ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit [...] zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. [...] Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«³⁶

Und: »Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter, d. A.] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«³⁷

Aber die Zerstörung der Natur schreitet unaufgehalten voran, auch in Deutschland. Inzwischen drohen aufgrund der anhaltenden Phasen der Trockenheit große Teile Norddeutschlands zu versteppen.

Andererseits gibt es bereits erfolgsversprechende Möglichkeiten der Wiederaufforstung an vielen Stellen der Welt, die aber innerhalb des Kapitalismus in großem Umfang nicht zum Tragen kommen können, weil sie keinen Profit abwerfen.³⁸

Kapitalismus trägt auch die Möglichkeit einer faschistischen Herrschaftsform in sich. Der Zwang der Profitmaximierung führt dazu, dass alle kapitalistische Rationalität dem irrationalen, letztlich selbstzerstörerischen Selbstzweck, aus Geld mehr Geld zu machen, dient. Dabei geht der Kapitalismus über Leichen, je nach Krisensituation und Ausbeutungsort mal mehr, mal weniger. Das Auftreten der Neuen Rechten ist ein Zeichen für die Option, im Profitinteresse bürgerliche Freiheitsrechte und von den Lohnabhängigen erkämpfte soziale Errungenschaften mit faschistischen Mitteln zu beseitigen.

Wie die Natur des Menschen und sein soziales Wesen zusammenhängen, zeigt sich bei der Arbeit in der kapitalistischen Fabrik: »Alle Sinnesorgane werden gleichmäßig verletzt durch die künstlich gesteigerte Temperatur, die mit Abfällen des Rohstoffes geschwängerte Atmosphäre, den betäubenden Lärm, usw., abgesehen von der Lebensgefahr unter dicht gehäufte Maschinerie, die mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeiten ihre industriellen Schlachtbulletins produziert [...]. Die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, erst im Fabrikssystem treibhausmäßig gereift, wird in der Hand des Kapitals zugleich zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters während der Arbeit, an Raum, Luft, Licht und an persönlichen Schutzmitteln wider lebensgefährliche oder gesundheitswidrige Umstände des Produktionsprozesses, von Vorrichtungen zur Bequemlichkeit des Arbeiters gar nicht zu sprechen«³⁹.

Marx formulierte, welches Verständnis von Natur im Kommunismus als der Utopie des vollständig befreiten Menschen aufgehoben ist: »Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung.«⁴⁰

So wie sich die scheinbare Rationalität der kapitalistischen Verhältnisse in der Wissenschaftsgläubigkeit eines Teils der Klimabewegung widerspiegelt, weist die reale Irrationalität der kapitalistischen Produktion der Bewegung auch Wege in Sackgassen wie zu der irrationalen Organisation Extinction Rebellion.

Es handelt sich um eine vermeintliche Neuaufnahme von Elementen der Graswurzelrevolution. Die Charakteristik von XR ist bestimmt durch religiöse Gewaltfreiheit, hinzu kommt eine Ausrichtung als Endzeitprojekt. Die Lage wird als »Kriegsszenario« gesehen, allen voran vom Gründer Roger Hallam. XR will aufgrund eines pseudo-gesellschaftswissenschaftlichen Ansatzes 3,5 Prozent der Bevölkerung auf die Straße bringen, demzufolge dies genügen würde, »um Systemveränderungen zu erreichen«⁴¹.

In der Vorstellung von XR soll ein nationaler Bürger*innenrat gebildet werden, der entscheidet, was die Regierung gegen die Klimakatastrophe tun soll. »Die Mitglieder werden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und sind souverän und unabhängig«. So beschreibt es Mitbegründer Roger Hallam.⁴² Die Bürger*innenversammlungen sind nichts anderes als

Beiräte, die der Regierung und den Parlamentarier*innen gute Ratschläge geben. Da die Bürger*innenversammlungen nur eine Widerspiegelung der heutigen Gesellschaft sein sollen, das heißt ihre Vertreter*innen nach einem nicht ganz klaren Quotensystem per Los ausgewählt werden, werden sie Entscheidungen treffen, die dem herrschenden Konsens der Gesellschaft nicht zuwiderlaufen.⁴³

Jutta Ditfurth hat in den Ausgaben der konkret vom November 2019 und Dezember 2019 wesentliche Merkmale von XR zusammengefasst:

»Erklärtermaßen können bei XR alle mitmachen, auch Rechte, Rassist*innen, Sexist*innen und Antisemit*innen: Schon stellen sich auch Anhänger*innen der Piraten, von Diem, vom gescheiterten Wagenknecht-Projekt ›Aufstehen‹ und von den Montagsmahnwachen von 2014 ein.«⁴⁴

»Der Kapitalismus ist ein Gewaltverhältnis, das auf grenzenlose Verwertung der Arbeitskraft und der Naturressourcen setzt; dieser Gewalt unterwirft sich XR und kennt, statt der unbegriffenen kapitalistischen Produktionsweise, nur ein böses ›toxistisches System‹.

›Wir sind alle schuld‹ an der drohenden ›Auslöschung‹ der Menschheit, sagt XR und wirft Ausbeuter*innen und Erniedrigte in einen Topf.«⁴⁵

»[...] der ›Drang nach Leben‹ führe zu Gewalt. Das Gewaltloseste seien ›Opferpflicht‹ und ›Tod‹«, sagt Faisal Devji von XR England.⁴⁶

»XR hat zu vielem angeblich keine Meinung und ist zum Beispiel nicht gegen Atomenergie. Die Bürgerversammlungen sollen darüber entscheiden.«⁴⁷

»Es gibt auch kein Bewusstsein bei XR darüber, auf wessen Schultern eine echte neue Bewegung wirklich stünde. Arbeiter*innenbewegung, Frauenbewegung, Ökologiebewegung spielen keine Rolle, XR ist eine ahistorische Kampagne.«⁴⁸

»Inzwischen ist XR Deutschland damit aufgefliegen, Teilnehmer*innen der Berliner Blockaden auszuforschen. In einer XR-Umfrage (›Rebel Survey‹) wurden Daten wie E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Zugehörigkeit zu politischen Gruppen, die Bereitschaft zu politischen Aktionen abgefragt und Fragen gestellt wie: ›Bist du bereit, ins Gefängnis zu gehen?‹ Die Befragten waren persönlich identifizierbar und lieferten politische Einstellungen und Radikalitätsbereitschaft.«⁴⁹

Die »bundesweite AG Lernende« von Extinction Rebellion befragte vor dem »National Meeting«, das vom 6. bis 8. Dezember 2019 in Heidelberg stattfand, alle »Rebell*innen«. Der Fragebogen ging nicht nur an die Teilnehmer*innen, sondern offensichtlich an alle XR-Aktivist*innen. Auch hier werden mit 64 Fragen detailliert Wertvorstellungen und Verhaltensweisen der Befragten registriert.⁵⁰

Mancherorts wird zu Beginn der XR-Treffen meditiert. »Zur Kultur von XR gehört gemeinsames Weinen und Trauern, der Gong und das Omm. Der Mensch ist nicht mehr Verstand *und* Gefühl, sondern nur noch Emotion. Da XR vor allem auf junge Leute zielt, erfüllt das einen Zweck: Eine hochemotionalisierte Bewegung ist eine manipulierbare Bewegung.«⁵¹

XR pflegt auch gute Kontakte zu moderneren Teilen des Kapitals, die sich Vorteile von der staatstreuen Gewaltfreiheit der XR-Strategie versprechen. »Im Frühjahr 2019 scharten Gail Bradbrook, XR-Strategin Mitbegründerin und Finanzchefin, und Fiona Ellis in London 20 Firmenvertreter*innen von Unilever bis Body Shop um sich und gründeten Extinction Rebellion Business. Vielleicht war es auch andersherum. Aber nach heftiger Kritik musste die Website vom Netz genommen und das Logo gelöscht werden. Bradbrook betonte aber, dass man auf die Expertise aus Finanz- und Geschäftswelt nicht verzichten wolle und auch künftig zusammenarbeite.«⁵²

XR ist keine Graswurzelbewegung, sondern eine Gründung aus der Retorte. »Und woher kommt das Geld? Während einige XR-Orte und Regionalgruppen oldschoolmäßig Geld sammeln, bekommen andere auf Antrag zwischen 5.000 und 50.000 Euro aus Stiftungen wie dem Climate Emergency Fund aus den USA [...], in dem auch Kapital aus Ölgeschäften steckt.«⁵³

Das Geld sammelt die Kapitalgesellschaft Compassionate Revolution Limited ein. Sie wird von den Führer*innen von XR geführt und entscheidet, wer für welche Aktionen Geld bekommt. Direktorin der Gesellschaft ist Gail Bradbrook. Der Milliardär Christopher Hohn spendete für die Londoner XR-Blockaden 200 000 Pfund.

Jutta Ditfurth schreibt dazu: »Hohn ist Miteigentümer von Autobahnen, Tunneln und Flughäfen, er ist Anteilseigner des multinationalen Konzerns Ferrovial, der mit Heathrow den größten europäischen Flughafen betreibt. Ferrovial besitzt zu 100 Prozent die australische Firma Broadspectrum, die auf der Insel Nauru ein Flüchtlingslager für von Australien abgewiesene Geflüchtete und Asylsuchende betreibt. Der Konzern nimmt mit der Ausbeutung der Flüchtlinge, unter ihnen Kinder, Millionen US-Dollar ein. Die Zustände in den Lagern sind folterähnlich, sagt Amnesty International.«⁵⁴

Die Kapitalgesellschaft Compassionate Revolution Limited ist die Kontaktadresse nicht nur von Extinction Rebellion UK, sondern auch von Extinction Rebellion Deutschland.

Das Endzeitszenario, das XR im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe aufbaut, dient Roger Hallam, einem der Gründer von XR in Großbritannien, die Shoa zu relativieren. Sie sei »nur eine weitere Scheiße in der menschlichen Geschichte«.⁵⁵ Die angeblich bevorstehende Vernichtung von Menschen in der Klimakatastrophe sei letztlich schlimmer, so sein Tenor. Der Antisemitismus durch Relativierung **der Shoa** ist ein bekanntes rechtsradikales Muster,

das auch eine Anschlussfähigkeit an die Querfront herstellt. In einem Spiegel-Interview sagt Hallam, der Klimawandel sei »nur das Rohr, durch das das Gas in die Gaskammer fließt«. ⁵⁶

Gail Bradbrook sagt, die ökologische Krise sei schlimmer als »ein Hitler«. »Man müsse den Leuten sagen, der drohende Zusammenbruch sei wie der ›Aufmarsch von 20 Hitlern‹.« ⁵⁷

Teile von XR Deutschland distanzieren sich bei Kritik an rechtsradikalen Zuspitzungen, die von XR aus Großbritannien kommen, immer wieder gern von solchen Aussagen. Auf der deutschen Website von XR heißt es aber (immer noch), Extinction Rebellion Deutschland sei »inspiriert von Extinction Rebellion UK«. ⁵⁸ Und XR-Gruppen in Deutschland führen Seminare zur ökofaschistischen Tiefenökologie durch, deren Vertreter*innen ihre Menschenfeindlichkeit in Vernichtungsfantasien entladen, weil der Mensch als Zerstörer*in und Feind*in der Natur gesehen wird.

Rupert Read, der Sprecher von Extinction Rebellion England ist, ist Anhänger der Tiefenökologie und Mitglied der Green Party. Weil einer der wichtigsten Gründe für den drohenden Klimakollaps die »Überbevölkerung« sei, knüpft Read an den anglikanischen Landpfarrer Thomas Robert Malthus an, der dafür plädierte, für das Kapital »überzählige« Menschen einfach sterben zu lassen, will aber freundlicherweise »menschliche Methoden finden, um die menschliche Population zu reduzieren«. Das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit müsse überprüft werden, weil die Einwanderung in Länder wie England, die USA, Australien und Kuwait »nicht besonders sensibel gegenüber ihrer ökologischen Perspektive« sei. Er macht Kindern Angst, wenn er ihnen gegenüber sagt, er wisse nicht, »ob ihr überhaupt eine Zukunft habt«. »Ich fürchte, einige von euch werden nicht alt«, sagt er. Möglicherweise werde sogar »die gesamte Menschheit ausgelöscht«. ⁵⁹

XR stellt eine pathetisch-sektenhafte, staatsgläubige, kapitalismusverträgliche und handzahme, durch eine Kapitalgesellschaft gesteuerte Kampagne dar, die aufgrund einer Scheinradikalität viele engagierte Menschen in die Irre führen kann, und Widerstand im Interesse bestimmter Kapitalfraktionen befriedet.

Wie kämpfen? Wie die soziale mit der ökologischen Frage dabei verknüpfen?

Antiautoritäre Linke haben den Schub der Politisierung der Klimaproblematik mit bewirkt auch in die bürgerlichen Medien hinein. Die Linke müsste sich heute einmischen und antikapitalistische Ansätze in der Klimabewegung stärken.

Bis heute gibt es starke Vorbehalte bzw. eine Skepsis in weiten Teilen der antikapitalistischen Linken gegenüber der Beteiligung an Kämpfen, die im Reproduktionsbereich

angesiedelt sind, insbesondere dann, wenn sie sich im Bereich der Ökologie bewegen. Das entspricht der kapitalistisch vorgegebenen strikten Trennung von Arbeit und Freizeit, von notwendiger und freier Zeit.

Zudem gibt es nach wie vor das Vorurteil, Ökologie sei per se reaktionär oder rechts. Bei Kämpfen in sozialen Bewegungen mit ökologischen Schwerpunkten ist die Tatsache, dass es sich um Kämpfe im Reproduktionsbereich handelt, besonders sichtbar.

Wir haben gesehen, dass die Befangenheit davon, dass es die Arbeit ist, die im Kapitalismus den Wert schafft, wesentlich zur Missachtung der Natur beiträgt. Hier gibt es auch einen Zusammenhang zu einem einseitigen Verständnis der Arbeiter*innenklasse als revolutionärem Subjekt. Der revolutionäre Kampf der Arbeiter*innenklasse wird in der traditionell geprägten Linken ausschließlich im Produktionsbereich angesiedelt, in dem es wirklich und allein um die soziale Frage ginge. Kämpfe im Reproduktionsbereich gelten ihr als kleinbürgerlich. Die soziale Frage wird mit dem Kampf in der Fabrik verbunden, die ökologische Frage erscheint allenfalls als Randerscheinung (oder Nebenwiderspruch) im Reproduktionsbereich.

Kämpfe im Reproduktionsbereich entstehen in den Zentren des Kapitalismus u. a., wenn im Produktionsbereich aussichtsreiche, erfolgsversprechende Kämpfe nicht zu erwarten sind. Grund dafür kann sein, dass entweder durch Repression oder durch Integration und Teilhabe am Konsum der Klassenkampf von unten von den Herrschenden erfolgreich befriedet werden konnte.

Andererseits kann für die Masse der Menschen die ökologische Frage erst ins Bewusstsein drängen, wenn sie nicht mehr um ihr unmittelbares Überleben kämpfen müssen, d. h. auf einer bestimmten Höhe der Produktivkraftentwicklung und der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wer zum Beispiel Ölschlamm aus Flüssen herausklauben muss, um damit ein bisschen zu seinem oder ihrem Lebensunterhalt beizutragen, kann sich den Luxus eines ökologischen Denkens schwer erlauben. Aber ökologisches Bewusstsein kann dann entstehen, wenn es bereits ums nackte Überleben geht. Nämlich da, wo die Katastrophe schon so spürbar und sichtbar ist, dass sie das Leben unmittelbar bedroht, wie dort, wo die Inseln im Ozean bereits beginnen unterzugehen und Menschen konkrete Pläne für deren Evakuierung vorbereiten.

Die Klimakatastrophe wird nur für einen Teil der Menschen tödliche Auswirkungen haben. Die Natur geht nicht unter, sie verändert sich nur so, dass es für viele Menschen da unerträglich wird, wo sie sind. In bestimmten Teilen der Welt kann die Erderwärmung auch positive Effekte haben und den Menschen helfen. In den kapitalistischen Zentren werden sich die Meisten schützen können durch die technologische Entwicklung.

Die Ökologiebewegung entwickelte sich im antikommunistischen Frontstaat BRD zu einer Zeit, in der durch die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme im sozialen Bereich den Lohnabhängigen von Staat und Kapital gewisse Zugeständnisse gemacht worden waren. Wenn eine gewisse Grundversorgung erreicht ist, fällt es Menschen leichter, den Blick weiter in die Zukunft zu richten. Dabei kann die mit der kapitalistischen Produktion verbundene mittel- bis langfristige Zerstörung der Natur als Bedrohung erkannt werden, wenn auch noch keine klassenspezifische Analyse die Grundlage dazu bildet. Es kann zu gemeinsamen Teilinteressen der mehr oder weniger klassenbewussten Lohnabhängigen mit kleinbürgerlichen und relativ gesehen fortschrittlichen bürgerlichen Kräften kommen.

Menschen sind dann am ehesten bereit zu kämpfen, wenn sie persönlich von etwas betroffen sind, die Kampffelder mit Emotionen verbunden sind und wenn mindestens eine gewisse Aussicht besteht, dass die Kämpfe erfolgreich sein können.

Im Gegensatz zur traditionellen Linken war in der antiautoritären Bewegung der Außerparlamentarischen Opposition der späten 1960er Jahren ein Bezug zu Kämpfen im Reproduktionsbereich in der ganzen Widerstandskultur der APO-Bewegung schon angelegt. Die Beteiligten hatten sogar den ausdrücklichen Anspruch, die Politik auch in den Reproduktionsbereich hineinzutragen. So konnte die Revolte trotz des Rückschlags durch die Konterrevolution noch andere Bewegungen auslösen. Der emanzipatorische Anspruch existierte nach dem Ende der APO-Bewegung weiter und sucht sich andere Ventile im gesellschaftlichen Reproduktionsbereich. Es sind die sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren insbesondere die Anti-AKW-Bewegung, die Frauenbewegung und die Häuserkampf- bzw. Häuserratbewegung. Eine direkte Entwicklungslinie von der APO gab es auch zur Jugendhausbewegung und zur Lehrlingsbewegung.

Festzuhalten ist: Auch wenn Kämpfe im Reproduktionsbereich (noch) nicht revolutionär sind, haben Menschen das Recht, sich gegen die Zerstörung ihres natürlichen Lebensraums und der natürlichen Lebensgrundlagen zu wehren. Das hat per se nichts mit »Heimatschutz« zu tun, auch wenn es mindestens ursprünglich »heimat«schützerische Aspekte haben kann.

Für die antikapitalistische Linke in den kapitalistischen Zentren stellt sich in historischen Situationen, in denen bestimmte soziale Bewegungen entstehen oder auch an Stärke gewinnen, welche Möglichkeiten, welche Ansätze es gibt, antikapitalistische Kritik und Analysen in die Bewegung hineinzutragen und zu verbreitern. Während hier der Widerstand in den sozialen Bewegungen im Reproduktionsbereich zu großen Teilen von Angehörigen der aufgeklärten Mittelschicht getragen werden, bestimmen in der kapitalistischen Peripherie nach wie vor die soziale Frage und mit ihr verbundene klassenkämpferische, radikalreformistische bis hin zu revolutionären Auseinandersetzungen das Bild.

In Südamerika kam es in den letzten Jahren in mehreren Ländern zu einem Rechtsrutsch und einem autoritären Rollback gegen die Errungenschaften und Reformen der linken Bewegungen und Regierungen vom Anfang dieses Jahrhunderts. Gleichzeitig formiert sich in vielen Ländern ein breiter gesellschaftlicher Widerstand dagegen, den wir exemplarisch darstellen.

In Brasilien wurde im Oktober 2018 der Faschist Jair Bolsonaro zum Präsidenten gewählt. Eine weitere Katastrophe für Menschen und Natur. Bolsonaro ist biografisch und politisch verbunden mit den früheren Militärdiktaturen in Chile und Brasilien, er ist offen frauenfeindlich, rassistisch, homophob und erlaubt Konzernen die Zerstörung großer Teile des tropischen Regenwaldes, die auch Lebensraum von indigenen Menschen sind. Es entsteht ein faschistisches Brasilien als sicherer ökonomischer Außenposten der Festung EU-Europa. Überwiegend haben ihn die weiße Bourgeoisie und die weißen Teile der Mittelschicht gewählt. Massiv unterstützt wurde und wird er auch von den erstarkenden rechtsradikalen evangelikalischen Pfingstkirchen in Brasilien.⁶⁰

Hoffnung, macht Vielen, dass der 580 Tage zu Unrecht inhaftierte ehemalige Präsident Lula da Silva im November 2019 mindestens vorläufig aus dem Gefängnis entlassen wurde.⁶¹

In Bolivien putschten die Polizei und das Militär im November 2019 gegen die sozialistisch-reformistische Regierung und zwang den linken radikalreformerischen Präsidenten Evo Morales zum Rücktritt. In Folge des Putsches kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den rechtsradikalen, rassistischen Putschist*innen und insbesondere der indigenen Bevölkerungsmehrheit, die 80 % der Bevölkerung ausmacht.⁶² Zum Teil wurden Indigenas einfach ermordet.⁶³ In Kolumbien unterhöhlte die rechte Regierung das Friedensabkommen mit der Guerillaorganisation FARC, woraufhin im September 2019 Teile der FARC die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampf ankündigten. Von den Herrschenden in Kolumbien gingen auch Versuche aus, einen Militärputsch im Nachbarland Venezuela zu organisieren. Die rechte Regierung in Kolumbien wird seit November 2019 durch landesweite Streiks und soziale Proteste gegen die zunehmende Verarmung unter Druck gesetzt.

In Argentinien wurde die konservative Regierung nach massiven sozialen Protesten im Oktober 2019 abgewählt. In Ecuador kam es im Oktober 2019 nach der Streichung von Subventionen durch die Regierung zu einem Generalstreik und Unruhen. In Haiti, Honduras und Puerto Rico brachen Revolten aus.

Seit Mitte Oktober 2019 protestieren Menschen in Chile gegen die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierung. Auslöser war die zweite Fahrkartenpreiserhöhung des Nahverkehrs innerhalb eines Jahres. Angefangen als Schüler*innenproteste in Form von zivilem Ungehorsam entfalteten sich diese zu Großdemonstrationen, an denen große Teile der Bevölkerung teilnahmen, zu massiven Kämpfen, welche sich nun gegen soziale und

wirtschaftliche Missstände und hohe Lebenshaltungskosten des Landes insgesamt richten.

Die Zustimmungsrates zur Regierung fiel in den einstelligen Bereich. Chile war während der **faschistischen** Militärdiktatur unter Pinochet ein Experimentierfeld für radikale wirtschaftsliberale Deregulierungsmaßnahmen. Diese wurden auch nach der Diktatur unter den verschiedenen Regierungen kaum zurückgenommen. Zusammen mit der Wirtschaftskrise führte das zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Der Staat reagierte auf die Proteste mit brutaler Gewalt. Der Präsident Sebastián Piñera erklärte den Ausnahmezustand und setzte das Militär gegen die Protestierenden ein. Nach Ende der Militärdiktatur vor 30 Jahren patrouillierten erstmals wieder Soldat*innen auf der Straße und begangen massive Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Verschwindenlassen und der Ermordung von Menschen. Trotz der Rücknahme der Fahrkartenpreiserhöhung und der Ankündigung eines neuen Pakets von Sozialmaßnahmen gehen die Aktionen und Demonstrationen weiter. Die Protestierenden riefen unter anderem nach einer verfassungsgebenden Versammlung und waren damit Mitte November 2019 erfolgreich. Sie wollen eine tiefgreifende Änderung des politischen Systems.

Die Verfassung des Landes geht auf die Zeit der Diktatur Pinochets zurück. Sie ist geprägt von einer starken Bündelung von Machtbefugnissen bei der Zentralregierung und begrenzten Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung. In der Verfassung ist nach wie vor die neoliberale Wirtschaftsdoktrin der früheren Militärregierung festgeschrieben. Deshalb ist auch knapp 30 Jahre nach dem Ende der Diktatur noch immer nahezu alles in privater Hand, darunter Bildung, Gesundheit, Renten und die Wasserversorgung.⁶⁴

Das Militär hat über den Nationalen Sicherheitsrat (Consejo de Seguridad Nacional de Chile, COSENA) nach wie vor einen verfassungsmäßig garantierten politischen Einfluss, auch wenn es seit einer begrenzten Verfassungsänderung von 2005 nicht mehr die Mehrheit darin hat und in der Verfassung nicht mehr als »Wächter der Verfassung« bezeichnet wird.⁶⁵ In Chile schließen die Demonstrationen, an denen bis zu einer Million Menschen teilnahmen, an die Kämpfe und Erfahrungen der Bildungsproteste von 2006 und 2011/2012 an. Chile hat wegen der Unruhen die Ausrichtung der UN-Klimakonferenz abgesagt, die Herrschenden verlegten sie nach Madrid.

Die antikapitalistische Linke in den kapitalistischen Zentren muss diese Aufstände bzw. Rebellionen mit klassenkämpferischem Hintergrund, in deren Mittelpunkt die soziale Frage steht, als wichtiges Kampffeld begreifen und solidarisch sein.

Bei der Verbindung der sozialen mit der ökologischen Frage kann zum Beispiel der Kampf gegen die mörderische Atomtechnologie mit ihrer herrschaftsstabilisierenden, imperialistischen und die Natur dauerhaft zerstörenden Wirkungen als Angriff auf Staat und Kapital

verstanden werden. Der Staat kann als ideeller Gesamtkapitalist entlarvt werden. Die Reaktion des Staates – je nach Relevanz und momentaner Stärke der sozialen Bewegung – unter Umständen mit der ganzen Härte seines repressiven Gewaltapparates demaskiert den Staat als Handlanger des Kapitals gegen die Interessen der Menschen. Es kann deutlich gemacht werden, dass hinter dem staatlichen Handeln das Profitinteresse der Konzerne, des Kapitals steckt. Gerade die zum Teil nicht mehr rückholbare Zerstörung der Natur wie die Klimakatastrophe durch die kapitalistische Produktionsweise mit ihren rücksichtslosen Zwang zur Profitmaximierung macht grundsätzlich revolutionäres Bewusstsein und Handeln zur Tagesaufgabe. Im Kampf gegen diese Zerstörung bietet sich immer wieder die Chance, bei möglichst Vielen das Bewusstsein zu schaffen, dass der Kapitalismus nicht reformierbar ist, und dass die soziale Revolution keinen (grünsozialdemokratischen) Aufschub duldet.

In den kapitalistischen Zentren vermitteln Kämpfe in sozialen Bewegung die praktische Erfahrung gemeinsamen politischen Handelns, Solidarität und in Fällen massenhafter Regelverstöße gegen die herrschende Ordnung wie zum Beispiel heute bei »Ende Gelände« und insbesondere bei den Aktionen gegen die Castortransporte im Wendland in den 1990er und 2000er Jahren auch die Erfahrung kollektiver Gegenmacht. Darüber hinaus haben selbstverständlich auch Abwehrkämpfe, Kämpfe zur Verteidigung von sozialen Errungenschaften und Kämpfe für radikal-reformerische Teilerfolge ihre Berechtigung. Notwendig ist ein Dreiklang aus Theorie, Organisation und politischer Praxis. Die Verbindung der sozialen Frage und der ökologischen Frage kann gelingen ausgehend von der materialistischen Erkenntnis, dass die Natur die stoffliche Grundlage für das menschliche Leben ist.

Der Ausgangspunkt für erfolgsversprechende Kämpfe ist es Verhältnisse anzustreben, in denen Menschen glücklich und frei leben können und glücklich und frei geht nur auf einer bestimmten Basis. Die ist soziale Gleichheit und ein Zustand der Natur, in dem Menschen überhaupt gesund und frei sich bewegen können, nicht von Hungersnöten chronisch geplagt werden oder durch bestimmte Stadien der Klimakatastrophe, radioaktive Verstrahlung usw.

Der Verstand hängt an der stofflichen Grundlage, also an Trinkwasser, an gesunder Luft, an erträglichen oder sogar günstigen klimatischen Bedingungen für Menschen. Das alles sind Grundlagen für das, was wir tun, intellektuell, schöpferisch, praktisch.

Eine Entfaltung der Produktivkräfte, die den Menschen dient, ihre Emanzipation befördert und soziale Gleichheit verwirklicht, ist im Kapitalismus nicht möglich. Auch die bürokratischen Kommandowirtschaften in den Staaten des RGW-Blocks orientierten sich am Leitbild des Kapitalismus, den sie meinten übertrumpfen zu müssen. Eine eigenständige, davon unabhängige gesellschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte abseits der Kapital- und Profitlogik war daher dort ausgeschlossen.

Heute sind Technologie und Wissenschaft auf einem solchen Niveau, dass die notwendige Arbeitszeit drastisch reduziert werden könnte. Der Umfang der Warenproduktion könnte heute schon die Versorgung aller Menschen und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse gewährleisten, wenn die Arbeit von den Fesseln der kapitalistischen Verwertung mit ihrem Zwang zur Profitmaximierung befreit würde.

Wenn der Produktionsprozess gesellschaftlich kontrolliert und das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben, wenn Technologie und Wissenschaft aus dem kapitalistischen Verwertungszwang befreit werden würden, der sie ge- und verformt hat, könnte die Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens beendet und die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein Minimum reduziert und auf alle Menschen verteilt werden. Dann wäre eine umfassende Emanzipation aller Menschen möglich, die erlöst vom herrschenden Zwang zur Lohnarbeit, frei und selbstbestimmt tätig sein könnten – nach ihren Interessen und Möglichkeiten.

Uns muss es darum gehen, für eine im Prozess der sozialen Revolution grundlegend sich verändernde Gesellschaft zu kämpfen, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Produkte, die Warencharakter haben, ohne Geld und Lohnarbeit. Nur wenn Menschen einer solchen Gesellschaft gemeinsam zum Durchbruch verhelfen, können sie die emanzipatorischen Potenziale der technologischen Errungenschaften nutzbar machen.

Wie es heute ist, kann es nicht bleiben. Dass Menschen sich kaputt arbeiten, dass Produkte minderwertig und rasch unbrauchbar sind, ist ein Teil der zerstörerischen Logik des Kapitalismus. Die nur auf mehr Profit ausgerichtete Technologie, die Menschen, die sie bedienen müssen, kaputt macht, kann ersetzt werden durch Maschinen, die dem Menschen auf humane Weise dienen. Die können so konzipiert werden, dass sie unangenehme, stupide, inhumane und krankmachende Arbeit übernehmen. Wenn Menschen über alles, was sie zum Leben brauchen, jederzeit verfügen können, wird es sinnlos Dinge/Gebrauchsgüter und Besitz auf Vorrat anzuhäufen. Wer sollte dann ein Interesse daran haben, Statussymbole zu produzieren? Wenn überflüssiger Besitz keine Rolle mehr spielt, wenn Bedürfnisse sich verändern, wird eine Vielzahl an Produktivkräften frei und die Arbeitszeit wird für alle kürzer. Die natürlichen Ressourcen können geschont, die Zerstörung der Natur kann gestoppt werden.

Destruktivkräfte, also Technologien, die in keiner humanen Zukunftsgesellschaft brauchbar sind, weil sie nur dem Profit des Kapitals **dienen**, können beseitigt werden. Konsum dient dann einer guten Versorgung der Menschen und nicht mehr der Kompensation eines fremdbestimmten, frustrierenden Lebens und Arbeitens. Damit schrumpft das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit wächst. Gleichzeitig verändern sich die Beziehungen der Menschen untereinander vollständig. Es bringt keinen individuellen Nutzen, andere übervorteilen zu wollen. Arbeit hört auf, notwendiges Übel zu sein und wird zum Tätigsein.

Befreite Arbeit verliert ihre scharfe Trennung zur freien Zeit für die unter den heutigen Bedingungen von Ausbeutung und Entfremdung wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss.

In dieser Arbeit kann der Mensch zu sich selbst finden, Fähigkeiten erlernen und erproben, Erfahrungen sammeln und austauschen, Kreativität entfalten, und gesellschaftlich Nützliches tun. In einer befreiten Gesellschaft ist Arbeit ein wesentlicher Teil praktischer Solidarität. Was und wie produziert wird entscheiden wir gemeinsam. Radikal verwirklichter Humanismus, nichts anderes ist laut Marx der Kommunismus, ist nur mit der vollständigen Abschaffung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Verwertungszwangs möglich.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 14./15. Dezember 2019 in Köln**